

## Niederschrift

über die 24. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 11.04.2018  
(10. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	5
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	5
<b>2 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW der Bürgerinnen und Bürger des Wohngebietes Lank-Ost zum Thema "Fluglärm" Vorlage: DezIII/0756/2018</b> .....	6
<b>3 Förderung des Radverkehrs; Vortrag "Bocholt - fahrradfreundlichste Stadt Deutschlands", Ulrich Paßlick, Fa. Urban Projects</b> .....	8
<b>4 Forum Wasserturm - Entwurf zur Verbesserung der Eingangssituation Vorlage: SIM/0761/2018</b> .....	8
<b>4.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2018 zum Ausbau/Anbau Theater am Wasserturm Vorlage: SIM/0111/2018</b> .....	8
<b>5 Entgeltordnung für die Benutzung städtischer Fahrradboxen Vorlage: DezIII/0763/2018</b> .....	9
<b>6 Straßenunterhaltung - mündlicher Sachstandsbericht -</b> .....	9
<b>7 LKW-Durchfahrtsverbot (7,5 t) und Tempo 30 Uerdinger Straße in Lank und LKW-Durchfahrtsverbot (3,5 t) Nierst bis zur Stadtgrenze Krefeld - mündlicher Sachstandsbericht -</b> .....	9
<b>8 Anträge</b> .....	10
<b>8.1 Maßnahmen zum Schutz und zur Stabilisierung des Bestands von Vögeln auf Meerbuscher Stadtgebiet. Antrag der FDP-Fraktion vom 26.10.217 Vorlage: DezIII/0757/2018</b> .....	10
<b>8.2 Luftqualitätsmessungen in Meerbusch: Antrag UWG zum Haushalt 2018 Vorlage: DezIII/0230/2018</b> .....	11
<b>8.3 Antrag der UWG-Fraktion vom 04.12.2017 zum Einsatzverbot von glyphosathaltigen Herbiziden auf gemeindeeigenen Grundstücken Vorlage: DezIII/0190/2017</b> .....	11

8.3.1	Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.04.2018 zum Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf städtischen Grundstücken.....	12
8.4	Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis90/Die Grünen zur Radwegplanung Römerstraße Vorlage: FB5/0200/2018 .....	12
9	Anfragen.....	13
10	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	13
10.1	Maßnahmenprogramm Radwegenetz 2018/2019 .....	14
11	Termin der nächsten Sitzung 13. Juni 2018 .....	14
12	Verschiedenes .....	14
12.1	Arbeitskreis Lärm.....	14
12.2	Bischofsmützen auf der Xantener Straße .....	14
12.3	Säuberung An der Strempe und Liegnitzer Straße .....	15
12.4	Anforderungsampel Bommershöfer Weg / Hochstraße.....	15
12.5	Pausenzeiten und Auslastung des SB 52 .....	15
12.6	Sperrung der Hauptstraße in Krefeld-Oppum .....	15

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:45 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied anwesend bis 21:00 Uhr bis TOP 12

**von der SPD-Fraktion**

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied Vertretung für Herrn Christian Welsch

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Herr Lothar Keiser Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Dieter Schmolli

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Andreas Wagner Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Marcel Müller

**Beratende Mitglieder**

Herr Oswald Hepner Seniorenbeirat

**von der Verwaltung**

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Frau Dana Frey Dezernat III

Herr Detlev Horn Dezernat III

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Herr Matthias Unzeitig Bereichsleiter Fachbereich 5

**Gäste**

Herr Reinhardt Eule Architekt Planteam Ruhr

Herr Ulrich Paßlick

Geschäftsführer Urban Projects

**Schriftführerin**

Frau Anke Hartl

Fachbereich 5

es fehlen:

**von der FDP-Fraktion**

Herr Christian Welsch

Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Herr Dieter Schmoll

Sachkundiger Bürger

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Marcel Müller

Sachkundiger Bürger

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Jürgens stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er weist auf die Tischvorlagen zu

- TOP 2, Antrag der UWG vom 04.04.2018 zum Thema Fluglärm
- TOP 5, ergänzende Information der FDP-Fraktion vom 10.04.2018, Vertrag über die Nutzung der abschließbaren Fahrradbox am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) in Olpe (Nutzungsvertrag) und Nutzungsordnung der Gemeinde Allensbach über die Fahrradabstellanlage am Bahnhof
- TOP 8.3, Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.04.2018 zum Einsatzverbot von glyphosathaltigen Herbiziden auf gemeindeeigenen Grundstücken und ergänzende Information der FDP-Fraktion vom 10.04.2018, Beschlussvorschlag „Pestizidfreie Kommune“.

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Ulrich Paßlick, geschäftsführender Inhaber der Firma Urban Projekts GmbH aus Bocholt.

Er fragt, ob Anträge zur Änderung der Tagesordnung gestellt werden.

Ratsherr Meffert berichtet, dass in der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf zu TOP 4 bestehe und aus diesem Grund die Vertagung beantragt würde.

#### **Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, TOP 4 Forum Wasserturm – Entwurf zur Verbesserung der Eingangssituation – zu vertagen

#### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>14</b>	<b>3</b>	<b>0</b>

### **Öffentliche Sitzung**

#### **1 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

**2 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW der Bürgerinnen und Bürger des Wohngebietes Lank-Ost zum Thema "Fluglärm"  
Vorlage: DezIII/0756/2018**

**Beschlussvorschlag:**

Zur Vermeidung neuer Belastungen mit Fluglärm wird von einem Antrag an die Fluglärmkommission, die nördliche Routenführung zu verändern, abgesehen.

Der Bürgeranregung, die Verteilung der Belastung durch Fluglärm neu zu prüfen, wird nicht gefolgt.

**Abstimmung:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		1	1
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>1</b>

Damit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

Für die Petenten bringt Frau Berger ihre Enttäuschung über die Beschlussvorlage zum Ausdruck. Beim Antrag auf Aufhebung des Flachstartverfahrens, den die Bürgermeisterin in der Fluglärmkommission gestellt habe, halte sie die Möglichkeiten der städtischen Einflussnahme keineswegs für ausgeschöpft. Sie habe erwartet, dass die Stadt externen fachlichen und juristischen Beistand sucht. Hinsichtlich der Routenführung bittet sie darum, zunächst eine neutrale Überprüfung der Abflugrouten vornehmen zu lassen, z.B. mittels NIROS. Anhand der dadurch gewonnenen Daten sei dann festzustellen, ob und wo Entlastungen möglich sind, die zu einer höchstens moderaten Mehrbelastung an anderer Stelle führen. Sie plädiert nochmals für eine Verlegung der Abflugroute über unbebautes Gebiet.

Sachkundiger Bürger Keiser unterstützt diese Ausführungen und begründet damit einen Vertagungsantrag der UWG-Fraktion. Der Antrag der Bürgermeisterin in der Fluglärmkommission zur Aufhebung des derzeitigen Startverfahrens reiche nicht aus, zumal die Kommission lediglich beratende Funktion habe. Er bemängelt ebenfalls, dass keine fachliche und juristische Unterstützung eingeholt und keine Routenüberprüfung durch ein unabhängiges Gutachten durchgeführt worden sei. Es fehlten konkrete Zahlen, wie sich mögliche Alternativrouten auswirkten. Dabei gehe es nicht um etwaige Neubelastungen; kein Bürger wolle sich einen Vorteil verschaffen. Die Verwaltung solle ihre Haltung nochmals überdenken.

*Anmerkung der Schriftführerin: der Antrag der UWG-Fraktion ist als Anlage beigelegt.*

Ratsherr Meffert weist die Ausführungen als unkorrekt zurück, weil sie eine Handlungsvollmacht der Stadt suggerierten, die es so nicht gebe. Meerbusch habe mit einer Stimme in der Fluglärmkommission lediglich ein Mitspracherecht. Er erinnert an den Auftrag des Rates an den Bürgermeister, Routenvarianten prüfen zu lassen, die keine Mehrbelastung an anderer Stelle bedeuten. Dies sei geschehen. Es gebe hierzu keine neuen Fakten.

Ratsherr Rettig hält es für eine reine Hypothese, dass eine Verlegung der Route zu Neubelastungen führe. Er nennt die MODRU-Route, bei der nach seiner Kenntnis keine Untersuchung oder Beteiligung der Osterather stattgefunden habe. Es müsse überprüft werden, wie viele Menschen wie stark belastet würden.

Technischer Beigeordneter Assenmacher verweist darauf, dass im Bebauungsplan für das Gebiet Lank-Ost darauf hingewiesen wird, dass mit Fluglärm mit einem äquivalenten Dauerschallpegel bis 67 dB(A) zu rechnen sei. Der tatsächliche äquivalente Dauerschall habe in den letzten sechs verkehrsreichsten Monaten im Mittel bei 51,7 dB(A) tagsüber und 26,7 dB(A) nachts gelegen.

Er weist außerdem auf die gegenüber dem am stärksten belasteten Stadtteil Buderich geringere Anzahl an Abflügen und die größere Höhe des Überflugs hin.

Anmerkung der Verwaltung:

<i>Auswertung der Abflüge der 7. Kalenderwoche</i>	<i>Lank (Ortseingang) 428</i>	<i>Buderich (Kirche) 1016</i>
<i>davon unter 3.000 Fuß</i>	<i>3</i>	<i>408</i>
<i>3.000 bis 3.500 Fuß</i>	<i>17</i>	<i>262</i>
<i>3.500 bis 4.000 Fuß</i>	<i>94</i>	<i>200</i>
<i>höher als 4.000 Fuß</i>	<i>314</i>	<i>146</i>

Der Flugverkehr habe auf allen Flugrouten zugenommen, durch die erwartete Änderung der Betriebsgenehmigung sei mit einer nochmaligen Zunahme zu rechnen. Bei einer gewünschten Änderung der Routen müsse die Politik entscheiden, wer stattdessen belastet werden solle.

Herr Horn weist auf einige weitere Sachverhalte hin, die bereits in der Beschlussvorlage erläutert, durch die Diskussion jedoch infrage gestellt wurden: Er betont insbesondere, dass ein anderes Abflugverfahren nicht vorgeschrieben werden kann und die Fluggesellschaften ein vom Luftfahrtbundesamt genehmigtes Verfahren einheitlich nutzen. Die Entwicklung neuer oder geänderter Abflugrouten könne nach Auskunft der DFS nur unter Einbeziehung der Fluglärmkommission erfolgen, die vorgeschlagene Änderungen bereits verworfen habe.

Herr Horn hält es bei der Betrachtung der Flugverläufe auch für offensichtlich, dass mit einer Verschiebung der Route naturgemäß eine Verschiebung der Lärmbelastung einhergehe. Er erinnert daran, dass es für die MODRU-Route ein Lärmgutachten und eine NIROS-Untersuchung zur Ermittlung des optimalen Routenverlaufs gegeben habe. Die Route sei zur Entlastung von Lank eingerichtet worden und habe den Flugverkehr über Lank um etwa die Hälfte reduziert.

Ratsfrau Niegeloh schließt sich dem Vertragsantrag an und meint, es könne nicht sein, dass die Stadt keine weiteren Möglichkeiten habe und beim Flugverkehr alles erdulden müsse. Weitere Handlungsmöglichkeiten müssten gefunden und genutzt werden.

Sachkundiger Bürger Keiser bemängelt, dass zu der vom Rat beauftragten Überprüfung keine Ergebnisse veröffentlicht wurden. Es lägen keine validen Daten vor.

Ratsherr Meffert schlägt als Kompromiss vor, den Vertragsantrag dadurch zu erledigen, dass die Verwaltung erneut beauftragt werde, mithilfe valider Zahlen festzustellen, ob es eine Möglichkeit der anderen Verteilung des Flugverkehrs ohne Neubelastung an anderer Stelle gebe. Ratsherr Rettig wünscht sich eine gleichmäßigere Verteilung des Flugverkehrs; wenn dies gewünscht sei, müsse die Politik allerdings auch dazu stehen. Sachkundiger Bürger Wagner würde einen konkreten Verwaltungsauftrag einer Vertagung vorziehen. Sachkundiger Bürger Behlen fände es wünschenswert, eine

adäquate Verteilung des Flugverkehrs hinzubekommen. Sachkundiger Bürger Keiser legt Wert darauf, dass zusätzliche Routenvarianten entwickelt und geprüft werden.

Ratsherr Franz-Josef Jürgens schlägt vor, zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abzustimmen. Erhalte dieser keine Mehrheit, gehe damit die beantragte Vertagung einher. Gegen diese Vorgehensweise erhebt sich kein Widerspruch.

Abschließend bedankt sich Frau Berger für die Unterstützung ihres Anliegens.

Vorsitzender Ratsherr Leo Jürgens lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen. Dieser wird mit Stimmgleichheit bei einer Enthaltung abgelehnt. Die Bürgeranregung in den Punkten 2 und 3 sei somit nicht beschieden. Die Fraktionen hätten nun die Möglichkeit, eigene Anträge zum Erzielen weiterer Erkenntnisse zu stellen.

### **3 Förderung des Radverkehrs; Vortrag "Bocholt - fahrradfreundlichste Stadt Deutschlands", Ulrich Paßlick, Fa. Urban Projects**

Herr Paßlick hält einen Vortrag über die Förderung des Radverkehrs in Bocholt.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Powerpoint Präsentation ist als Anlage beigefügt.*

Anschließend beantwortet Herr Paßlick Fragen der Ausschussmitglieder.

Technischer Beigeordneter Assenmacher weist darauf hin, dass die geplante Exkursion nach Bocholt am 28. April 2018 verschoben werden müsse und für September oder Oktober 2018 neu geplant werde.

### **4 Forum Wasserturm - Entwurf zur Verbesserung der Eingangssituation Vorlage: SIM/0761/2018**

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt

#### **4.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2018 zum Ausbau/Anbau Theater am Wasserturm Vorlage: SIM/0111/2018**

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Beantwortung der Anfrage ist als Anlage beigefügt.*



**5 Entgeltordnung für die Benutzung städtischer Fahrradboxen**  
**Vorlage: DezIII/0763/2018**

**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat, die Entgeltordnung der städtischen Fahrradboxen in der Stadt Meerbusch in der als Anlage beigefügten Fassung zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Die FDP-Fraktion regt an, die Entgeltordnung um eine Benutzungsordnung zu ergänzen und weist auf die Tischvorlagen hin.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die ergänzenden Informationen der FDP-Fraktion sind als Anlage beigefügt.*

Die Verwaltung erklärt, die Benutzung werde vertraglich in einem Mietvertrag festgelegt. Dieser sei als einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung bereits ausgearbeitet und mit dem Service Recht abgestimmt.

*Anmerkung der Schriftführerin: Der Mietvertrag ist als Anlage beigefügt.*

**6 Straßenunterhaltung - mündlicher Sachstandsbericht -**

Herr Unzeitig berichtet über Grundsätze der Straßenerhaltung im Stadtgebiet.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die PowerPoint Präsentation ist als Anlage beigefügt.*

Anschließend beantwortet er Fragen der Ausschussmitglieder.

Ratsherr F.J. Jürgens bittet die Verwaltung darum, in einer der nächsten Sitzungen darüber zu berichten, wann und nach welchen Kriterien Entscheidungen über die Erneuerung bzw. über die Instandsetzung der Straßen entschieden wird.

**7 LKW-Durchfahrtsverbot (7,5 t) und Tempo 30 Uerdinger Straße in Lank und LKW-Durchfahrtsverbot (3,5 t) Nierst bis zur Stadtgrenze Krefeld - mündlicher Sachstandsbericht -**

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert die Messungen des Rhein-Kreises Neuss auf der Uerdinger Straße und Auswertungen der Topo Boxen in der Loh und in Nierst zur Feststellung des Umfahrvverkehrs.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Auswertungen sind als Anlage beigefügt.*

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass die Verwaltung die Fragen der Bürger zur mobilen Messstelle auf der Uerdinger Straße an den Rhein-Kreis Neuss weitergeleitet habe und die Beantwortung inzwischen vorliege.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Antwort ist als Anlage beigefügt.*

Technischer Beigeordneter Assenmacher schlägt vor, eine gemeinsame Zählung der Verwaltung und der Bürgergemeinschaft zu terminieren.

Herr Unzeitig erklärt, dass bei einem Termin mit Vertretern des Rhein-Kreises Neuss die Beschilderung des LKW Durchfahrtsverbotes erörtert und in Abstimmung mit der Bürgergemeinschaft eine Lösung erarbeitet wurde. Er stellt die Beschilderungsplanung vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Eine kurze Diskussion ergibt, dass die Beschilderungsplanungen noch einmal in den Fraktionen besprochen und ggf. Vorschläge für Änderungen gemacht werden sollen.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Varianten sind als Anlage beigefügt.*

Anschließend diskutieren die Ausschussmitglieder darüber, ob auf die Einschränkung „Anlieger frei“ evtl. verzichtet werden könnte, bzw. ob es auch „Lieferverkehr frei“ heißen könnte. Herr Unzeitig sagt eine Prüfung zu. Auch andere Varianten der Beschilderung werden diskutiert. Technischer Beigeordneter Assenmacher und Herr Unzeitig beantworten dahingehende Fragen der Ausschussmitglieder.

Ratsherr F.J. Jürgens begrüßt den Vorschlag einer gemeinsamen Zählung zur Beseitigung von Unstimmigkeiten zwischen manuellen Zählungen und denen der Topo Boxen. Des weiteren erinnert er an den Antrag der Bürgergemeinschaft, in dem eine feste Radaranlage auf der Uerdinger Straße, regelmäßige Polizeikontrollen und eine Erschwerung des LKW-Verkehrs durch bauliche Maßnahmen gefordert worden seien. Im Haushalt 2018 seien 50.000 € für derartige Maßnahmen vorgesehen, so dass nun die Fachleute Vorschläge machen sollen.

## **8 Anträge**

### **8.1 Maßnahmen zum Schutz und zur Stabilisierung des Bestands von Vögeln auf Meerbuscher Stadtgebiet. Antrag der FDP-Fraktion vom 26.10.2017 Vorlage: DezIII/0757/2018**

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis. Technischer Beigeordneter Assenmacher betont, die Stadt könne natürlich nur solche Maßnahmen umsetzen, die sie selbst betreffen. Die Bevölkerung werde darüber hinaus durch Öffentlichkeitsarbeit (Beispiel Umweltkalender) für das Thema sensibilisiert.

## **8.2 Luftqualitätsmessungen in Meerbusch: Antrag UWG zum Haushalt 2018** **Vorlage: DezIII/0230/2018**

Frau Frey berichtet die in der Informationsvorlage angegebene Verkehrszahl für die Dorfstraße. Diese betrage nicht 73.010, sondern 8.467 Kfz. pro Tag.

Ratsherr Rettig bezweifelt die Aussagekraft des Rechenmodells. Nach seinen Informationen betrage die Trefferquote bei den Stickoxiden lediglich 58 Prozent.

Frau Frey erinnert an die seinerzeit durchgeführten Orientierungsmessungen, die die Ergebnisse des Rechenmodells bestätigt hätten. In Meerbusch gebe es keine Straßenschluchten, in denen ab einer Belastung von 20.000 Kfz. pro Tag eine Überschreitung der Grenzwerte angenommen werden könne. Zwar könnten sich städtische Strukturen ändern, doch würde dies aufgrund der regelmäßigen Datenerfassung durch das LANUV berücksichtigt.

## **8.3 Antrag der UWG-Fraktion vom 04.12.2017 zum Einsatzverbot von glyphosathaltigen Herbiziden auf gemeindeeigenen Grundstücken** **Vorlage: DezIII/0190/2017**

Ausschussvorsitzender Jürgens weist nochmals auf die Tischvorlagen zu diesem Tagesordnungspunkt hin.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die ergänzende Information der FDP-Fraktion ist als Anlagen beigelegt.*

Technischer Beigeordneter Assenmacher geht auf die Anfrage der SPD-Fraktion ein. Er führt aus, dass der Verwaltung nicht bekannt sei, auf welchen verpachteten Flächen Glyphosat verwendet werde. Die Möglichkeit eines Flächentausches im Falle von eingeschlossenen Flächen müsse geprüft werden. Die Pachtverträge laufen bis zum 31.10.2018 und müssten fristgerecht bis zum 30.04.2018 gekündigt werden, damit ab dem 01.11.2018 die neuen Verträge abgeschlossen werden könnten. Es müsse dementsprechend in der heutigen Sitzung der Beschluss gefasst werden.

Ratsherr Meffert berichtet über einen Vortrag in der Fraktionssitzung, in dem neue Aspekte zum Themas Glyphosateinsatz angesprochen worden seien. Danach habe sich für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf ergeben, so dass er eine Vertagung des Beschlusses beantrage und vorschlage, den Referenten für eine der nächsten Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses einzuladen.

Ratsfrau Niegeloh erklärt, dass die neue Umweltministerin angekündigt habe, dass die Regierung einem Verbot des Einsatzes Glyphosat zustimmen werde. Ratsfrau Niegeloh bittet die Verwaltung darum, festzustellen wann und aus welchen Gründen die Zustimmung erteilt werde.

Der Ausschussvorsitzende Jürgens lässt über den Vertagungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Beschluss über das Verbot des Einsatzes von glyphosathaltigen Herbiziden auf städtischen Flächen zu vertagen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>15</b>	<b>2</b>	<b>0</b>

**8.3.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.04.2018 zum Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf städtischen Grundstücken**

*Anmerkung der Schriftführerin: die Anfrage der SPD-Fraktion ist als Anlage beigefügt.*

Technischer Beigeordneter Assenmacher geht auf die Anfrage der SPD-Fraktion ein. Er führt aus, dass der Verwaltung nicht bekannt sei, auf welchen verpachteten Flächen Glyphosat verwendet werde. Die Möglichkeit eines Flächentausches im Falle von eingeschlossenen Flächen müsse geprüft werden. Die Pachtverträge laufe bis zum 31.10.2018 und müssten fristgerecht bis zum 30.04.2018 gekündigt werden, damit ab dem 01.11.2018 die neuen Verträge abgeschlossen werden könnten. Es müsse dementsprechend in der heutigen Sitzung der Beschluss gefasst werden.

**8.4 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis90/Die Grünen zur Radwegplanung Römerstraße  
Vorlage: FB5/0200/2018****Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung, alternativ zur bisherigen Verwaltungsvorlage folgende Planung für den Radweg an der Römerstraße in Büderich zu untersuchen:

1. Verbreiterung des vorhandenen Fahrradwegs auf die Breite der gesetzlichen Bestimmung, damit der Fahrradverkehr in beide Richtungen auf dem Gehweg befahrbar ist.
2. Sollten an einigen Stellen die Möglichkeiten im bestehenden öffentlichen Raum nicht möglich sein, wird die Verwaltung beauftragt nötigenfalls dieses über Grunderwerb an denen Stellen zu planen und mit den Eigentümern der Flächen über einen Verkauf zu verhandeln. Etwaige benötigte zusätzliche Finanzmittel sind dann nötigenfalls im Ausschuss darzustellen und gesondert abzustimmen.
3. Die vorhandenen Parkstreifen sollen verkleinert (ca. 5 Parkplätze) und durch die Verwaltung so neu angeordnet werden, dass die aktuelle missliche verkehrsbehindernde und zum Teil

verkehrsgefährdende Situation der Bus – insbesondere der Gelenkbus – in Richtung Deutsches Eck optimiert wird – wenngleich die Entschleunigung des Verkehrs an dieser Stelle mit Blick auf das Gewerbegebiet auf Neusser Gemarkung (Bataverstraße) seitens der Antragsteller weiterhin gewünscht wird.

4. Die Verwaltung wird zugleich beauftragt, mit den Städten Neuss und Düsseldorf eine Anbindung des neu entstehenden Gewerbegebiets auf der Bataverstraße über Handweiser, die Verlängerung der Zülpicher Straße oder eine andere Lösung zu verhandeln, die die bisherige Streckenführung über Meerbusch signifikant entlastet.

### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	1	1	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>16</b>	<b>1</b>	<b>0</b>

Ratsherr Meffert trägt den Antrag der CDU Fraktion vor. Es schließt sich eine kurze Diskussion an. Herr Unzeitig schlägt vor, eine genaue Bestandsaufnahme zu machen und in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses eine Beschlussvorlage vorzulegen.

## **9 Anfragen**

## **10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Ratsfrau Niegeloh fragt warum in der Beschlusskontrolle zum Thema Tempo 30 keine Bemerkung zur Realisierung zu finden sei. Technischer Beigeordneter Assenmacher führt aus, dass die Verwaltung einen Vorschlag zur Einführung von Tempo 30 in den Nachstunden machen werde.

Ratsherr Gabernig erkundigt sich, ob für den Bereich Meyersweg inzwischen eine Gesamtkonzeption erarbeitet worden sei. Dieses verneint Herr Unzeitig. Zunächst habe die Verwaltung sich um den Radverkehr gekümmert. Im Gewerbegebiet Mollsfeld sind die notwendigen Vermessungen durchgeführt worden. Die Verwaltung wird einen Vorentwurf zur verbesserten Führung der Fußgänger und Radfahrer ausarbeiten.

Im schmalen Bereich des Meyersweges zwischen Stüttgenstraße und Görgesheideweg seien die Eigentümer zum Zwecke des Grundstücksverkaufes angeschrieben worden. Die Verhandlungen laufen.

Der Rhein-Kreis Neuss habe grundsätzlich der von der Verwaltung vorentworfenen Umfahrungssperre der Wirtschaftswege zugestimmt. Die Verwaltung werde nun eine Genehmigungsplanung ausarbeiten.

### **10.1 Maßnahmenprogramm Radwegenetz 2018/2019**

Herr Unzeitig erläutert ausführlich das Maßnahmenprogramm Radwegenetz 2018/2019.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die PowerPoint Präsentation ist als Anlage beigefügt.*

### **11 Termin der nächsten Sitzung 13. Juni 2018**

### **12 Verschiedenes**

#### **12.1 Arbeitskreis Lärm**

Sachkundiger Bürger Keiser erkundigt sich danach, wann der Arbeitskreis Lärm wieder einberufen werde. Der Ausschussvorsitzende Jürgens erklärt, dass es aufgrund der Osterferien zu Verzögerungen in der Terminierung gekommen sei.

#### **12.2 Bischofsmützen auf der Xantener Straße**

Ratsherr Banse berichtet, dass die Bischofsmützen auf der Xantener Straße in Höhe des Apfelparadieses fast vollständig zerstört seien und unbedingt ausgetauscht bzw. ersetzt werden müssen. Technischer Beigeordneter Assenmacher teilt mit, dass dieses bereits im Januar Straßen NRW mitgeteilt worden sei.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Bischofsmützen wurden zwischenzeitlich aufgestellt.*

### **12.3 Säuberung An der Strempe und Liegnitzer Straße**

Ratsherr Banse weist darauf hin, dass an der Strempe in Strümp auf Höhe der Brücke und an der Liegnitzer Straße zwischen dem Stationshäuschen und dem Wendehammer dringend eine Säuberung stattfinden müsse. Diese Bereiche seien verdreckt seit dort keine händische Säuberung mehr stattfände.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die genannten Bereiche wurden zwischenzeitlich gereinigt.*

### **12.4 Anforderungsampel Bommershöfer Weg / Hochstraße**

Ratsfrau Niegeloh berichtet, dass die Anforderungsampel am Bommershöfer Weg Ecke Hochstraße bereits um 16:30 Uhr abgeschaltet werde. Sie erachtet das als zu früh und erkundigt sich nach dem Grund dafür.

*Anmerkung der Verwaltung: Seit Herbst 2015 wird die Fußgängersignalanlage um 16.30 Uhr abgeschaltet. Danach besteht kaum Bedarf, da sie vorrangig der Schulwegsicherung dient.*

### **12.5 Pausenzeiten und Auslastung des SB 52**

Ratsfrau Niegeloh fragt, ob es bekannt und geplant gewesen sei, dass der SB 52 während der Fahrpausen auf dem Park and Ride Platz Ostara stehe und dadurch Parkplätze entfallen würden. Herr Unzeitig führt aus, dass durch die Aufstellung der Fahrradboxen und dadurch, dass es sich um eine Busendhaltestelle handle, Parkplätze entfernt werden mussten.

Ratsherr Banse erkundigt sich nach der Auslastung des SB 52. Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass momentan noch die Testphase lief. Es zeichne sich jedoch schon ab, dass die Auslastung größer sein könnte.

### **12.6 Sperrung der Hauptstraße in Krefeld-Oppum**

Ratsherr Meffert berichtet, dass die Hauptstraße in Krefeld-Oppum gesperrt werden soll, so dass mit Ausweichverkehr auf Meerbuscher Gebiet zu rechnen sei. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass eine diesbezügliche Anfrage an die Stadt Krefeld gestellt worden sei, die Antwort jedoch noch nicht vorliege. Er werde in der nächsten Sitzung darüber berichten.

Meerbusch, den 24. April 2018

---

Leo Jürgens  
Ausschussvorsitzender

---

Anke Hartl  
Schriftführer/in